

Eigentum für alle! Von der Klassengesellschaft zur Eigentümergesellschaft

Ralf Fücks

Wir leben in einer Periode rasanter Veränderung.¹ Die globale Arbeitsteilung wandelt sich im Zuge der Globalisierung, traditionelle Industriezweige geraten unter immer stärkeren Druck. Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt wie keine andere Entwicklung zuvor. Sie erfasst einen Großteil der heutigen Tätigkeiten. Überkommene Berufe verschwinden, neue entstehen. Der Übergang zu einer postfossilen, klimaneutralen Ökonomie verstärkt diesen Umbruch. In der Energiewirtschaft bleibt kein Stein auf dem anderen, die Autobranche und die energieintensiven Industrien stehen vor massiven Veränderungen.

Der Auf- und Abstieg ganzer Branchen ist nicht neu. Er begleitet die Geschichte von Industriegesellschaften. Neu ist allerdings, dass der Strukturwandel einen Großteil der Wirtschaft gleichzeitig erfasst und in hoher Geschwindigkeit abläuft. Digitalisierung und Globalisierung eröffnen neue Chancen für die Findigen, Energischen und gut Qualifizierten. Zugleich erzeugt der rapide Wandel ein Grundgefühl wachsender Unsicherheit. Was gestern noch sicher schien, kann morgen schon ganz anders sein. Es verwundert nicht, dass ein Teil der Gesellschaft den Verlust von Sicherheit stärker empfindet als die Chancen, die mit dem Neuen einhergehen.

Die Polarisierung zwischen Gewinnern und Verlierern des Strukturwandels und das Gefühl wachsender Unsicherheit sind ein willkommener Resonanzboden für die antiliberale Revolte, die wir in den letzten Jahren in den westlichen Demokratien gesehen haben. Ihr markantester Ausdruck war die

1 Dieser Beitrag geht zurück auf Gedanken, die zuerst in Naumer, Hans-Jörg (Hg.): Vermögensbildungspolitik. Wohlstand steigern – Ungleichheit verringern – Souveränität stärken, Wiesbaden: Springer Fachmedien 2021 ausgeführt wurden.

Präsidentschaft Donald Trumps und der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in den europäischen Demokratien. Die antilibérale Welle mag ihren Höhepunkt überschritten haben, aber die Tendenz zu wachsender Polarisierung und Radikalisierung ist keineswegs gebrochen. Wenn Globalisierung, technischer Wandel und heterogener werdende Gesellschaften von einem beträchtlichen Teil der Gesellschaft als Bedrohung empfunden werden, bleibt der Boden fruchtbar für nationalistische und fremdenfeindliche Bewegungen. Liberale Demokratien müssen deshalb *Sicherheit im Wandel*² vermitteln.

Gesellschaften brauchen Sicherheit im Wandel

Es braucht ein Mindestmaß an Stabilität der Lebenswelt, damit nicht große Teile der Bevölkerung den wirtschaftlichen und sozialen Wandel als Bedrohung empfinden, die es abzuwehren gilt. Sicherheit im Wandel entsteht durch eine Vielzahl von Faktoren, welche im Abschlussbericht der Expertenkommission »Sicherheit im Wandel« ausgeführt werden.³ Die Kommission hat 55 Politikvorschläge aus den Bereichen Befähigung, innere Sicherheit, Bürgergesellschaft und gesellschaftliche Teilhabe entwickelt. Ein zentraler Vorschlag zeigt, dass auch *privates Eigentum* als Risikopuffer für die Veränderungen in der Welt wirkt. Wer über eine eigene Wohnung und gewisse finanzielle Reserven verfügt, wird Umbruchsituationen mit mehr Zuversicht begegnen und verfügt über mehr persönliche Möglichkeiten.

Privates Eigentum macht unabhängig und damit auch freier. Es ist die ökonomische Basis einer selbstbewussten Bürgergesellschaft. Zugleich ist es das Fundament einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, die wesentlich von der Eigenverantwortung einer Vielzahl von Produzenten und Konsumenten geprägt wird. Nicht die Konzentration wirtschaftlicher Macht in der Hand des Staates, sondern *Eigentum für alle* muss die Devise einer freiheitlichen Gesellschaft sein.

Die Haltung, dass Eigentum zu den demokratischen Grundrechten gehört, ist in Deutschland nicht sehr verbreitet. Privater Reichtum gilt vielen als suspekt. »Die Millionäre« sind ein abwertender Kampfbegriff, ein

2 Siehe das Projekt »Sicherheit im Wandel« des Zentrums Liberale Moderne. <https://libmod.de/themen/sicherheit-im-wandel>

3 Vgl. ebd.

Großteil der politischen Debatte dreht sich um Umverteilungsfragen. Ein typisches Beispiel ist die Wohnungspolitik. In weiten Teilen von Politik und Bevölkerung gilt nicht die verstärkte Förderung von Wohnungsbau und Wohneigentum, sondern strikte staatliche Kontrolle als Heilmittel gegen Wohnungsknappheit und steigende Mieten.

Eigentum und Gemeinwohl

»Eigentum verpflichtet« ist eine der am meisten zitierten Maxime unseres Grundgesetzes. In Artikel 14, Absatz 2 heißt es: *»Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.«* Der Eigentumsbegriff des Grundgesetzes grenzt sich sowohl gegenüber einer grenzenlosen Verabsolutierung des Privateigentums ab wie gegenüber dem ungezügelten Zugriff der Politik. Eingriffe in private Eigentumsrechte sind an enge Voraussetzungen gebunden und müssen kompensiert werden.

Das Bekenntnis des Grundgesetzes zum Privateigentum fällt allerdings deutlich gedämpfter aus als in den klassischen Dokumenten der bürgerlichen Revolutionen im ausgehenden 18. Jahrhundert. So heißt es in der französischen Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 gleich in Artikel 2: *»Der Zweck jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unantastbaren Menschenrechte. Diese sind das Recht auf Freiheit, das Recht auf Eigentum, das Recht auf Sicherheit und das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung.«*

Wer würde heute noch mutig das Recht auf Eigentum zu den unveräußerlichen Menschenrechten zählen und in einem Atemzug mit dem Recht auf Freiheit zu nennen? Für die großen Vordenker der modernen Demokratie – Locke, Montesquieu, Adam Smith – war dieser Zusammenhang klar. Für sie gibt es keine bürgerliche Freiheit ohne das Recht auf Eigentum. Eigentum ist die materielle Basis für die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Seine Garantie setzt dem Zugriff des Staates ebenso Grenzen wie der Willkür der Reichen und Mächtigen, die sich nicht einfach nehmen können, was ihnen gefällt. Eigentum ermöglicht Selbstfürsorge, also die eigenverantwortliche Gestaltung des Lebens der Einzelnen; es ist eine Prämie auf beruflichen Erfolg und stärkt damit das Leistungsprinzip. Dabei muss sich privates Eigentum nicht zwingend als individueller Besitz äußern. Auch die Beteiligung an gemeinschaftlichem Eigentum – sei es in genos-

senschaftlicher Form oder als Aktionär eines großen Unternehmens – fällt unter die Kategorie des Privateigentums, solange darüber individuell oder nach gemeinsam vereinbarten Regeln verfügt werden kann.

Gleichzeitig sind Erwerb und Vermehrung von privatem Eigentum an gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden, die sie erst ermöglichen. An erster Stelle steht der Rechtsstaat. Ohne ihn gibt es keine Sicherheit des Eigentums. Auch eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur – Verkehrswege, Kommunikation, Bildung und Wissenschaft – bildet ein Fundament für private Eigentumsbildung. Der Erfolg privater Wirtschaftstätigkeit hängt neben der Eigeninitiative und Tüchtigkeit des Individuums auch von öffentlichen Gütern ab. Deshalb ist die Maxime »Eigentum verpflichtet« auch kein bloßes Gebot sozialer Solidarität, sondern reflektiert die gesellschaftliche Bedingtheit privaten Eigentums.

Schließlich kann Eigentum auf Dauer nur gedeihen, wenn in einer Gesellschaft sozialer Friede herrscht. Die gesellschaftliche Akzeptanz von Privateigentum ist daran gebunden, dass eine Gesellschaft halbwegs gerecht gestaltet ist. Krasse Gegensätze zwischen arm und reich untergraben die Legitimation von privatem Eigentum. Es darf kein Privileg einer kleinen Klasse von Reichen sein. Insofern sollten sich gerade Verfechter des Privateigentums über die wachsende Konzentration von Vermögen in den Händen weniger sorgen.

Schieflage der Vermögensverteilung

Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung⁴ verfügen fünf Prozent der Bevölkerung über 55 Prozent des Gesamtvermögens. Das Prozent an der Spitze kommt auf gut ein Drittel, das oberste 0,1 Prozent auf stattliche 20 Prozent des Volksvermögens. Die reichsten 45 Haushalte im Land besitzen 4,7 Prozent des Volksvermögens – etwa so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung.⁵ Die Vermögensungleichheit vererbt sich

4 Siehe DIW Berlin: »MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen«, in: DIW Wochenbericht 29 (2020), S. 511–521.

5 Bach, Stefan/Thiemann, Andreas/Zucco, Aline: Discussion Papers: Looking for the Missing Rich: Tracing the Top Tail of the Wealth, DIW Berlin 2018.

von Generation zu Generation weiter – auf zehn Prozent der jungen Generation entfallen 50 Prozent des vererbten Vermögens. Die Erbschaftssteuer dämpft diesen Effekt, gleicht ihn aber nicht aus.

Während die Einkommensverteilung innerhalb der letzten Dekade entgegen der gefühlten öffentlichen Wahrnehmung einigermaßen stabil geblieben ist, hat sich die Kluft zwischen Vermögenden und denen, die nichts haben, weiter geöffnet. Das schafft eine strukturelle Ungleichheit von Chancen und Macht, die mit der sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar ist. Privates Vermögen ist nicht nur ein Puffer gegen die Unwägbarkeiten des Lebens und eine Ressource bürgerlicher Autonomie, es verschafft in vielen Fällen auch Zugang zu den Netzwerken der Macht, zu Informationen und Kontakten, die ärmeren Schichten der Bevölkerung nicht zugänglich sind.

Der von der Nullzins-Politik der EZB angeheizte Börsen- und Immobilienboom hat die Vermögenswerte aufgeblasen – wer hat, dem wird gegeben, wer allein von seinem Gehalt leben muss, kann keine großen Sprünge machen. Die digitale Revolution wird die ungleiche Entwicklung noch beschleunigen. Automatisierung und Künstliche Intelligenz ersetzen tendenziell Arbeit durch Kapital. Damit rückt die Frage ins Zentrum, wer künftig von der digitalen Dividende profitiert: Wem gehören die Roboter?⁶ Die Schieflage der Vermögensverteilung wird durch die unterschiedliche Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen noch verstärkt.

Einschränkend muss gesagt werden, dass die DIW-Studie Renten- und Pensionsansprüche nicht erfasst. Das verzerrt die Statistik zugunsten der Kapitalbesitzer. Selbstständige müssen für ihre Altersvorsorge privates Vermögen bilden, während Angestellte und Beamte individuelle Ansprüche auf ein kollektives Vermögen erwerben. Wer über eine gut dotierte Pension verfügt, ist im Alter oft besser dran als Kleinunternehmer oder Freiberuflerinnen, die von ihrem Kapital leben müssen.

Gerade in Deutschland mit seiner mittelständischen Wirtschaftsstruktur sind große Vermögen in Familienunternehmen gebunden, die Millionen von Menschen beschäftigen und vor Ort Steuern zahlen. Ihr Reichtum kommt also durchaus dem Gemeinwohl zugute.

6 Siehe Südekum, Jens: »Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit: Wem gehören die Roboter?«, in: IZA Newsroom vom 7.8.2018.

Verteilungsgerechtigkeit zählt

Beides sollte man bedenken, bevor man angesichts der zitierten Zahlen hyperventiliert. Gleichwohl bleibt die Schieflage der Vermögensverteilung eine Tatsache, über die man nicht achselzuckend hinwegsehen kann. Sie untergräbt Chancengleichheit, schafft getrennte Lebenswelten, die kaum noch miteinander in Berührung kommen und bläht den spekulativen Finanzsektor auf.

Kapitaleinkommen steigen als Folge von Globalisierung und Digitalisierung tendenziell stärker als Löhne und Gehälter. Deshalb vergrößert eine starke Ungleichheit von Vermögen langfristig auch die Ungleichheit der Einkommen. Es spricht einiges dafür, dass die Konzentration von disponiblen Vermögen am oberen Ende der Gesellschaft die ökonomische Wachstumsdynamik dämpft. Dazu kommt ein nicht zu unterschätzendes politisch-psychologisches Moment: Wenn die Mehrheit der Bürger den Eindruck hat, dass es nicht mehr gerecht zugeht, zerstört das die Legitimation einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung.

Die soziale Marktwirtschaft beruht auf dem Versprechen vom »Wohlstand für alle«. Wenn ein großer Teil der Menschen, die sich jeden Tag abrackern, auf der Stelle tritt, während die Vermögenden immer reicher werden, ist das Wasser auf die Mühlen populistischer Parteien links und rechts. Das alles sind Gründe, weshalb eine ausgewogenere Verteilung von Vermögen auf politisch stärker thematisiert gehört.

Wer in der Wiedereinführung der Vermögenssteuer den Königsweg zu mehr Verteilungsgerechtigkeit sieht, denkt allerdings zu kurz. Wenn Vermögenssteuern eine signifikante Verteilungswirkung haben sollen, müssen sie so hoch angesetzt werden, dass sie empfindlich in Betriebsvermögen eingreifen und die Altersvorsorge von Selbstständigen angreifen. Beides ist wirtschafts- und gesellschaftspolitisch kontraproduktiv. Gleichzeitig setzt die Vermögensbesteuerung nur bei den Symptomen an, statt die Ursachen des Problems anzugehen: die mangelnde Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten.

Der Schlüssel für die Vermögensverteilung liegt in der Beteiligung am Produktivkapital und am Immobilienstock. Die Trennlinie bei der Vermögensverteilung verläuft zwischen den Schichten, die Unternehmensanteile und attraktive Immobilien besitzen, und denen, die allein auf ihre laufenden Einkommen angewiesen sind. Wer die Kluft zwischen »unten« und »oben« verkleinern will, muss das Eigentum an Unternehmen und Immobilien auf

breitere Grundlagen stellen. Nicht »Abschaffung des Eigentums«, sondern »Eigentum für alle« ist die freiheitliche Antwort auf die Vermögensfrage.

Vermögensbildung fördern

Wie kann die Eigentumsbildung von Arbeiterinnen und Angestellten gefördert werden? Zum einen durch höhere Nettoeinkommen, die auch eine höhere Sparleistung ermöglichen. Eine Abflachung der »kalten Progression« bei der Lohn- und Einkommensteuer würde hier schon helfen.

Zugleich sollte der Erwerb von Aktien und Immobilien für untere und mittlere Einkommensschichten stärker gefördert werden. Eine deutliche Erhöhung der entsprechenden Freibeträge ist überfällig. Eine weitere Variante ist die Ergänzung der gesetzlichen Rente durch einen kapitalgedeckten Rentenanteil (Aktienrente) – entweder als ergänzende Säule oder durch Anlage eines Teils der gesetzlichen Rentenbeiträge in privaten oder staatlichen Rentenfonds auf Aktienbasis. Schweden hat das Modell eines Staatsfonds erfolgreich eingeführt,⁷ der Koalitionsvertrag der Ampel verspricht einen Einstieg in dieses Modell.

Auch Arbeitgeber und Gewerkschaften können mehr tun, etwa durch den Ausbau vermögenswirksamer Leistungen als Teil von Tariferhöhungen. So könnte ein Teil der vereinbarten Lohnsteigerungen in überbetriebliche Fonds fließen, die vornehmlich in einheimische Unternehmen investieren. Langfristig würde damit der Anteil breiter Bevölkerungsschichten am Volksvermögen exponentiell wachsen.

Auch die betriebliche Beteiligung der Mitarbeiter ist ausbaufähig. Wenn Arbeiter und Angestellte zu Miteigentümern werden, stärkt das ihre Identifikation mit dem Unternehmen. Hier liegt ein noch kaum ausgeschöpftes Potential, um die Kapitalbasis von Start-ups wie von mittelständischen Unternehmen zu verbessern und talentierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu binden.

Nicht zuletzt kommt es auf eine möglichst gute Bildung für möglichst alle an. In einer Wissensgesellschaft sind Allgemeinbildung und berufliche Qualifizierung das wichtigste »Produktivvermögen«. Sie sind der Schlüssel

7 Bonnet, Pierre: »Vorbild für Deutschland? Wie Schweden seine Bürger zwingt, für die Rente in Aktien zu investieren«, in: finanzen.net vom 11.12.2021.

für beruflichen Erfolg, Einkommen und soziale Teilhabe. Deshalb sind Investitionen in das öffentliche Bildungssystem auch ein Beitrag zu einer gerechteren Gesellschaft. Teilhabegerechtigkeit vermittelt sich nicht nur über private Einkommen und Vermögen, sondern auch über öffentliche Institutionen (siehe den letzten Beitrag dieses Bandes).

Die Verfechter der liberalen Demokratie dürfen die Debatte über Verteilungsgerechtigkeit nicht ihren Gegnern überlassen. Nicht jede Verteilungsdebatte ist von purem Neid und sozialistischer Gleichmacherei getrieben. Chancengerechtigkeit und soziale Durchlässigkeit sind vielmehr Grundlagen einer liberaldemokratischen Ordnung.

Leistungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und soziale Aufwärtsmobilität sind Grundelemente einer sozialen Demokratie. Zugleich sind sie Bedingungen einer dynamischen Wirtschaft. Dazu gehört auch eine möglichst breite Verteilung von Vermögen. Wer Demokratie und Marktwirtschaft zukunftsfähig machen will, sollte sich für eine aktive Vermögenspolitik einsetzen, die möglichst viele Bürgerinnen und Bürger auch ökonomisch zu Teilhabern macht.